

Rede vom Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Thomas Webel, anlässlich des 2. Demografie-Kongresses am 10. Oktober 2012, Herrenkrug Parkhotel, Magdeburg:

Herzlich Willkommen zum zweiten Demografie-Kongress der Landesregierung Sachsen-Anhalt hier im historischen Herrenkrug Parkhotel in Magdeburg in diesem wunderschönen Saal. Wir haben oft Veranstaltungen in diesem Saal, und ich weiß wie er 1990 ausgesehen hat. Wenige Jahre noch weiter ohne die Wendezeit 1989/90, dann hätte man in diesem schönen Saal wahrscheinlich nicht mehr tagen können. Aber heute geht es nicht um die Bausubstanz in unserem Lande, heute geht es um ein gesellschafts-politisches Thema von größter Bedeutung; den demografischen Wandel.

Ich freue mich, dass hier über 300 Teilnehmer dieses Thema verfolgen und ich möchte natürlich nicht die demografischen Daten und Fakten aufzählen, die wir alle zur Genüge kennen. Lassen Sie mich aber ein paar Worte zu dem Film sagen. Wir haben gesehen, welche Probleme vor uns stehen, vor welche Probleme uns der demografische Wandel nicht nur in den zurück liegenden 20 Jahren gestellt hat, sondern auch in Zukunft stellen wird. Insbesondere sind es die Herausforderungen, die die gesamte Gesellschaft angehen. Wir haben vorhin die Zahlen gehört, dass bis zum Jahr 2025 die Zahl der 15-65 Jährigen um gut 40.000 Menschen abnehmen wird. Ich denke, das ist eine große Anzahl. Das sind insbesondere die Menschen, die wir für die Berufsausbildung, für das Studium, aber auch für den Arbeitsmarkt dringend benötigen. Dazu kommt - wie auch schon gesehen - die nochmalige Halbierung der Geburtenzahl in unserem Lande. Ministerpräsident Haseloff hat es eben angesprochen.

Die fünf neuen Länder haben ein besonderes Problem. Wir haben in Europa fast überall Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen, aber diese dramatischen Umbrüche, wie wir sie in den fünf neuen Bundesländern haben, das ist unvergleichlich. Seit 1991 hat sich die Geburtenzahl halbiert und deshalb ist nach 2015 wieder ungefähr mit einer Halbierung der Geburten zu rechnen.

Ich habe bei unserem Besuch des Kabinetts in Brüssel im März dieses Jahres den Kommissar für Strukturpolitik getroffen. Da habe ich für mich die Erfahrung mitnehmen können, dass dieses Problem der fünf neuen Bundesländer in Brüssel noch nicht angekommen ist.

Wir stehen natürlich vor einem weiteren Phänomen, das wir aber in vielen Regionen Europas beobachten - die Abwanderung vor allem junger Frauen. In den vergangenen 20 Jahren sind

überwiegend gut ausgebildete Frauen von hier weggezogen, die ihre Perspektiven und ihren Lebensmittelpunkt außerhalb von Sachsen-Anhalt suchen. Das alles zusammen, der scharfe Geburtenrückgang, die Zunahme der Lebenserwartung und die überdurchschnittliche Abwanderung junger Frauen hat eine Verschiebung im Altersaufbau unseres Landes mit sich gebracht.

Das stellt uns vor vielfältige Probleme. Insbesondere der Wohnungsmarkt wird vor gravierende Probleme wiederum gestellt werden. Herr Riecke, der unserem Demografie-Beirat angehört, wird dazu heute Nachmittag sicherlich noch etwas sagen. Wir haben in den vergangenen Jahren mehr als 70.000 Wohnungen vom Markt genommen, mit staatlicher Hilfe, und wir werden auch in Zukunft noch Wohnungen vom Markt nehmen müssen. Gleichzeitig müssen wir werden für die älter werdenden Menschen die Wohnungen anders gestalten. Denn heute ist schon zu vermelden, dass insbesondere die Plattenbauten, die ja fünf bis sechs Geschosse haben, weil zu DDR-Zeiten das Geld sehr knapp war, ohne Fahrstuhl gebaut wurden. Nun zeigt sich, dass die vierte, fünfte und sechste Etage oft nicht mehr zu vermieten ist und deshalb müssen wir hier insbesondere unsere Förderinstrumente so gestalten, dass die Menschen möglichst lange in ihren Wohnungen barrierefrei wohnen können. An der Stelle meinen herzlichen Dank an die Wohnungswirtschaft, die uns bei diesen Dingen tatkräftig unterstützt.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die Menschen, nicht zuletzt auch die Älteren sind heute sehr mobil. Das stellt natürlich auch andere Ansprüche an die Infrastruktur, z.B. wenn es um den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖNPV) oder auch viele andere Dinge geht. Wir alle wissen seit vielen Jahren mit diesen Problemen umzugehen.

Ich denke, wir haben in diesen Regionen schon ganz andere Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen gehabt. Es ist schon einige Jahrhunderte her, aber unsere Regionen hatten im dreißigjährigen Krieg massiv zu leiden und dadurch größere Bevölkerungsrückgänge erlebt, als wir uns das heute jemals vorstellen können. Magdeburg hatte z.B. vor dem dreißigjährigen Krieg über 30.000 Einwohner, nach dem dreißigjährigen Krieg noch 1.200. Das sind bestürzende Zahlen, aber die Region ist schon einmal mit diesem Problem konfrontiert worden und wieder auf die Beine gekommen. Dieser Blick in die Historie kann uns also Mut machen.

Die Landesregierung macht gute Politik für die hier lebenden Menschen, ob es nun 2,9 Millionen Einwohner sind wie 1990, 2,3 Millionen wie heute, 1,9 Millionen wie im Jahr 2025 oder 1,8 Millionen im Jahr 2030. In diesem Zusammenhang habe ich mich gefreut, dass die Mitteldeutsche Zeitung am Freitag in einem Kommentar geschrieben hat, dass man gerade im Bereich der Demografie von Sachsen-Anhalt, dem vom demografischen Wandel am stärksten betroffenen Bundesland, lernen könne. Das hat mich und insbesondere auch die Mitarbeiter im Ministerium besonders gefreut.

Ich bin hier als Landrat a.D. begrüßt worden, ich war aber auch vier Jahre Gemeindevertreter von 1990 bis 1994 und ich habe in den Jahren meiner politischen Tätigkeit eigentlich immer mit dem Problem der Demografie zu kämpfen gehabt. Das waren insbesondere die ersten Jahre, als der Kindergarten in meiner Heimatgemeinde 1993 wegen Mangels an Kindern geschlossen werden musste. Das war das erste Mal, dass wir als Gemeinderat eine Einrichtung schließen mussten, weil bloß noch sechs Kinder da waren und keine Besserung in Sicht war. Es gab also nicht eine einzige schwangere Frau in meinem Heimatdorf, die vielleicht dafür gesorgt hätte, dass dieser Kindergarten wieder mit Leben erfüllt werden kann. Die Gemeinde war allerdings 1998 sehr schnell in der Lage, diesen Kindergarten wieder zu eröffnen, weil dann wieder Kinder geboren wurden. Daran sieht man, dass alles was mal geschlossen werden musste, nicht für die Ewigkeit geschlossen bleiben muss.

So ging das später mit den Schulen weiter, die uns ebenfalls vor große Probleme gestellt haben. Wir haben das Problem der Schulschließungen leidvoll erfahren. Niemand hat gerne eine Schule geschlossen. Das waren aber die Dinge, die angesichts der zurückgehenden Schülerzahlen gelöst werden mussten .

Heute gibt es wieder andere Herausforderungen in Sachen „Daseinsvorsorge“. Sei es nun der Rettungsdienst, die freiwillige Feuerwehr, der ÖPNV, die Infrastruktur, leitungsgebundene Versorgungssysteme und vieles andere mehr. Die Kosten dafür werden in Zukunft immer weniger Menschen bezahlen müssen, d.h. also pro Einwohner werden wir erhöhte Kosten haben. Wir können zwar in einem Dorf mit wenigen Einwohnern die Straße nicht mehr ganz so oft fegen, und wir können vielleicht den Randstreifen einer Straße nicht mehr ganz so oft mähen, aber die Rettungsdienste, die ÖPNV-Leistung und die Versorgungsleistung müssen in jedem Dorf unabhängig von der Einwohnerzahl bereit gestellt werden.

Dazu gab es in letzter Zeit auch viele Vorschläge, kluge und auch weniger kluge. Einer der weniger klugen war die Forderung nach einem großen Demografieministerium, wie ich in der Zeitung lesen durfte. Das wäre dann so eine Art „Superministerium“, das beim Ministerpräsidenten angesiedelt sein müsste und die heutigen Minister für Landesentwicklung und Verkehr, für Wirtschaft, für Kultus, für Soziales, für Finanzen, würden dann zu Staatssekretären in der Staatskanzlei, sonst würde dieses System nämlich gar nicht funktionieren.

Ich denke, dass diese Aufgabe im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr weiterhin gebündelt wird; so wie es auch im Koalitionsvertrag steht. Wir arbeiten gemeinsam mit dem Demografie-Beirat und der Demografie-Allianz an der Lösung der Probleme, die den

demografischen Wandel betreffen. Da muss man natürlich sagen, es ist ein Bohren schwerer und dicker Bretter.

Wenn wir in einer Diktatur leben würden, wäre das alles einfach zu organisieren. Ich habe erlebt, wie das von 1970 bis 1990 in Wolmirstedt gemacht wurde. Da wurden die Straßenzüge abgerissen, da gab es das Aufbaugesetz, da wurden die Leute enteignet und dann wurden die Plattenbauten hingestellt. Das war alles ganz einfach. Man hat in Berlin mitten durch die Innenstadt eine Mauer gebaut und hat einen Sicherheitsstreifen von 100 Metern geschaffen, hat die Leute mit den Möglichkeiten des Grenzregimes aus diesen Häusern rausgeschmissen. Das war damals alles möglich. Das haben wir Gott sei Dank heute nicht mehr, denn dafür sind wir 1989 auch auf die Straße gegangen. Ich sage es: Gott sei Dank! Wir achten das Eigentum, wir denken an die kommunale Selbstverwaltung und wir wollen natürlich auch, dass diejenigen, die zuständig sind und die Verantwortung haben, sich an all diesen Entwicklungen beteiligen.

Da sind die Kommunen, die haben ihre Kitas, ihre Schulen, ihre kommunalen Straßen und natürlich auch ihre Feuerwehrgebäude, ihre Sportanlagen und die müssen wir mitnehmen bei diesem ganzen Geschäft. Da gibt es verschiedene Probleme zwischen Arendsee und Zeitz, die natürlich auch unterschiedlich angegangen werden müssen. Gemeinsam müssen wir versuchen all das anzugehen. Da gibt es natürlich keinen Königsweg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kommunen sind in erster Linie gefordert, ihre Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, denn ohne die geht es überhaupt nicht. Die Internationale Bauausstellung 2010, die wir ja in Sachsen-Anhalt durchgeführt haben, war so ein Erfolg, weil die Kommunen in den 19 beteiligten Städten erstmalig die Bürger in großem Maße mitgenommen haben.

Ich denke, das ist sehr wichtig, dass wir gemeinsam, also der Demografie-Beirat mit seiner Vorsitzenden Carmen Niebergall, die Allianz mit ihren 70 Partnern, von denen auch heute viele Vertreter im Saal sind, nach konkreten Lösungen suchen. Wir können keine Patentrezepte entwickeln, aber wir können Denkanstöße geben. Da gibt es z.B. Kommunen wie die Hohe Börde. Dort hat die Bürgermeisterin Steffi Trittel für ihre junge Einheitsgemeinde eine Möglichkeit entwickelt, wie man mit dem Problem in der Zukunft umgehen kann.

Das ist mein Appell an alle Städte und Gemeinden. Wir sind gerne bereit Hilfen zu geben, bei der Erarbeitung neuer Pläne und Konzepte für die Dorf- oder Stadtentwicklung. Und gerade die Stadtentwicklung hat seit der Gebietsreform 2010 wieder neue Aufgaben. Gardelegen ist flächenmäßig die drittgrößte Stadt Deutschlands mit 48 Ortsteilen. Diese neue große Gemeinde muss sich auch neu entwickeln und dabei Antworten auf den demografischen Wandel finden. Es geht darum, dass wir mit dem Bevölkerungsrückgang

und der Alterung richtig umgehen. Da sind natürlich die Probleme der Oberbürgermeister von Halle und Magdeburg nicht ganz so gravierend wie im ländlichen Raum.

Wir alle wissen, es geht um bezahlbare Arbeitsplätze, damit die Menschen wieder nach Sachsen-Anhalt kommen und vor allen Dingen auskömmliche Löhne und Gehälter erhalten. Deshalb geht es auch darum, dass wir die Unternehmen mit ins Boot holen. Die Unternehmen sind diejenigen, die die Arbeitsplätze schaffen. Das Wirtschaftsministerium kann hier wiederum nur Hilfestellung leisten, wie auch wir für die Wohnungswirtschaft nur Hilfestellung leisten können.

Ich bin vorhin vom MDR gefragt worden, wann wir ältere Menschen in den Harz holen. Wir brauchen junge Menschen hier in Sachsen-Anhalt, aber auf jeden Fall sind auch ältere herzlich willkommen. Wenn sie gute Pensionen oder Renten haben, dann werden sie in diesem Lande die Kaufkraft stärken, sie werden irgendwann Dienstleistungen benötigen, die wir auch bereitstellen können. Ich denke, jeder, der hier herkommt, ist herzlich willkommen! Ob nun im Harz oder in Magdeburg oder in der Altmark oder im Süden, das soll jedem selbst überlassen bleiben.

Wichtig ist, dass wir besonders die jungen Menschen mitnehmen und deshalb sind wir ja heute auch hier, denn gerade die jungen Menschen sind gefordert, sich diesem Problem zu stellen. Wir tun das nicht alles für uns Ältere, sondern für die junge Generation. Die jungen Menschen müssen die Probleme der Zukunft im Jahr 2030 und weiter lösen. Deshalb haben wir im Vorfeld einen Wettbewerb gestartet. Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren haben sich Gedanken über die Gestaltung Sachsen-Anhalts gemacht.

Ich sehe viele junge Leute hier im Saal. Ich möchte nur mal ein paar Vorschläge nennen, die sie eingereicht haben. Einige interessante Zitate aus den Wettbewerbsbeiträgen: „lukrative Arbeitsplätze und weniger Abwanderung“, „Ausbau der Forschungslandschaft“, „Touristische Informationsvermittlung und Audio-Guides über eine Website“, „Kitas sollen beitragsfrei sein“, „Leuchtender Müll im Dunkeln oder mit anderen Effekten, damit die Leute ihren Müll nicht herum liegen lassen“, „Zusammenarbeit mit Sachsen und Thüringen“, „Diskotheken für unter 18-jährige, damit auch die Jüngeren ihren Spaß haben“, „mehr attraktive Innenstädte, viele interessante Jobs, mehr Freizeit und vor allen Dingen weniger Hausaufgaben“. Ich denke, das mit den Hausaufgaben kennen wir alle noch aus unserer Jugendzeit. Das sind die Wünsche unserer Jugend.

Liebe Jugendliche, ich fordere euch auf, weiter kreativ zu bleiben, hier an den Workshops teilzunehmen und vor allem sich an den Diskussionen zu beteiligen. Ihr macht das für eure Zukunft und ich denke, das ist ganz, ganz wichtig, dass wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass junge Menschen in diesem Land eine Perspektive haben. Herzlichen Dank noch einmal, dass ihr alle gekommen seid und beim Wettbewerb mitgemacht habt.

Herzlichen Dank auch an die Organisatoren, die das hier alles sehr gut vorbereitet haben, der Lohn wird sicherlich eine rege Diskussion sein. In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung einen guten Verlauf.